Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse: „Tageblatt", Riesa. **Amtsblatt** Fernsprechstelle Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

№ 292. Sonnabend, 16. Dezember 1893, Abends. 46. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Annahme für die Nummer des Ausgabetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 50. — Für die Redaction verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß des bevorstehenden Weihnachtsfestes sieht sich der unterzeichnete Stadtrath veranlaßt, bekannt zu geben, daß der Verkauf von Christbäumen innerhalb des hiesigen Polizeibezirks nur **Waldbesitzern** und solchen Personen gestattet ist, welche sich über den rechtlichen Erwerb der zum Verkauf gestellten Bäume **schriftlich** ausweisen können. Personen welche diesen Erfordernissen nicht entsprechen können, haben eine Geldstrafe bis zu 20 Mark eventuell entsprechende Haft, sowie Confiscation der Christbäume zu gewärtigen.

Riesa, den 5. Dezember 1893.

Der Stadtrath.
J. V.: **Schwarzenberg,** Stadtrath.

Holz-Auction.

Reudnitzer Staatsforstrevier, Dörings Schankwirthschaft auf dem **Reudnitz Freitag,** den 22. Dezember a. c. von Vorm. 10 Uhr an.

550 kief. Stämme von 13 bis 29 cm. Mittenstärke } bis 21 m Länge,
285 „ „ „ 30 „ 54 „ „ }
188 „ **Klötzer** 16 „ 44 „ „ 3 „ 5 „ „

Frische Kernwaare aus den Schlägen der Abth. 16, 17, 12, 41 und 42.

Kgl. Forstrevierverwaltung Reudnitz und Kgl. Forstrentamt Wurzen,
am 13. Dezember 1893.

Berger. **Geißler.** H.

Tagesgeschichte.

Wenn der Reichskanzler die Reihen Derer mustert, die ihm im Reichstag die Annahme der Handelsverträge erfochten haben, so muß ihm, schreibt die „Tägl. Rundschau" sehr richtig, Zahl und Art der Sieger Anlaß zu ernsten Gedanken geben. Es ist in der That ein Pyrrhussieg, wie die Rechte am Mittwoch rief, den die Regierung erfochten hat. Man kann nicht sagen, daß die Landwirthschaft in besonders glücklicher Weise ihre Sache vertheidigt hat, aber hätten auch ihre Anwälte mit Engelszungen gesprochen, die Sozialdemokraten wären doch nicht von ihrem Entschlusse abzubringen gewesen, dem „Junkerthum", das sie aus guten Gründen ebenso hassen, wie sie die Börse lieben, eine Niederlage beizubringen, und die Polen hätten um keinen Preis die günstige Gelegenheit verabsäumt, sich durch ihr Ja einen neuen Anspruch auf die klingende Dankbarkeit der Regierung zu verdienen. Sozialdemokraten und Polen, Welfen und Elsässer, die süddeutsche und die freisinnige Demokratie sind es gewesen, denen der Kanzler den Sieg verdankt. Kein beneidenswerther Triumph! Der Widerstand gegen die Wirthschaftspolitik der Regierung ist ohne Zweifel immer noch im Wachsen begriffen. Hat die agrarische Bewegung durch Mißgriffe ihrer Vertreter sich geschädigt, so bietet andererseits auch die Haltung der leitenden Staatsmänner den landwirthschaftlichen Nöthen gegenüber so viele Blößen, daß jene Bewegung immer neue Nahrung findet. Was aber dann, wenn sie schließlich die Mehrheit in der Volksvertretung findet? Kann ein deutscher Reichskanzler auf die Dauer von der Unterstützung jener Parteibildungen leben, die ihm soeben zum „Sieg" verholfen haben?

Die „Nat.-Lib. Korresp." schreibt aus Anlaß der Abstimmung über die Handelsverträge: „Der gegenwärtige Reichstag kennzeichnet sich durch die ungemein geringen Mehrheiten, mit welchen die wichtigsten Entscheidungen getroffen werden. So war es bei dem Heergesetz, bei dem Jesuitenantrag und ist jetzt wieder bei dem rumänischen Handelsvertrag der Fall. Die Entscheidung über diese großen Fragen war bis unmittelbar vor der endgiltigen Abstimmung höchst zweifelhaft, und jeden Antisemiten, Polen, Elsässer und „Wilden" mußte man auf seine Stellungnahme genau ansehen, um sich ein Urtheil über die Aussichten einer Mehrheit für oder gegen zu bilden. Dabei fällt die zufällige größere oder geringere Präsenz auf dieser oder jener Seite ausschlaggebend ins Gewicht und Ueberraschungen aller Art sind nicht ausgeschlossen. Die Unberechenbarkeit der wichtigsten Entscheidungen wurde auch stets durch die Hinterhaltigkeit und Geheimthuerei des Zentrums verstärkt. Diese Partei pflegt sich bis zu der letzten Stunde in ausweichende, nichtssagende Redensarten einzuhüllen; das ist eines der taktischen Kunststücke der Windhorst'schen Schule. Bis zur letzten Stunde ist die Stärke der Opposition gegen den rumänischen Handelsvertrag im Zentrum unberechenbar geblieben. Großes in der Verdunkelung ihrer Stellung zu den Handelsverträgen haben auch die Polen geleistet. Erst wurde auf Grund zuverlässiger Mittheilungen berichtet, die Polen würden dafür stimmen, dann verwahrte sich in der Kommission das polnische Mitglied entschieden gegen diese Angabe, bei der Abstimmung fehlte dasselbe und schließlich stimmten im Plenum die Polen doch für die Verträge. Ein erfreulicher und gesunder Zustand sind diese Entscheidungen durch so geringe Zufallsmehrheiten nicht und das Gewicht und Ansehen der Reichstagsbeschlüsse kann dadurch nur geschmälert werden."

Deutsches Reich. Die „Nordd. Allg. Ztg." bestätigt, daß der Kaiser den Reichskanzler Grafen v. Caprivi und den Staatssekretär Freiherrn v. Marschall nach Annahme des rumänischen Handelsvertrages telegraphisch beglückwünscht habe und fügt hinzu, der Kaiser habe gleichzeitig seine Genugthuung über die geschickte Vertheidigung der Handelsverträge vom Bundesrathstische ausgesprochen.

In dem nächsten Etatsjahre sollen in Preußen eine Reihe von Staatsunternehmungen zur Hebung des Schiffahrtverkehrs zum Abschluß kommen und somit dem Erwerbsleben nutzbar werden. Die Kanalisirung der Fulda, durch welche die Wasserstraße von Bremen landaufwärts bis Kassel fortgeführt und in diesem wichtigen Binnenhandelsplatze den ihr bisher fehlenden geeigneten Endumschlagsplatz für den Seeverkehr erhalten soll, sowie die Erweiterung der Kanalisirung des Mains, durch welche diese so ungewöhnlich nutzenbringende Verkehrsanlage den Verhältnissen und Bedürfnissen der Rheinschifffahrt durchweg angepaßt und so der Zweck, Frankfurt in Bezug auf den Schifffahrtsverkehr thunlichst den Häfen am oberen Rhein gleichzustellen, erreicht wird, sollen beide im nächsten Jahre fertiggestellt werden. Ebenso steht zu hoffen, daß die Herstellung eines namentlich für die Bedürfnisse der mittels Dampfschiffe betriebenen Hochseefischerei berechneten großen Fischereihafens in Geestemünde in der Hauptsache wird durchgeführt werden können.

Vom Reichstag. Gestern war der letzte Arbeitstag des Reichstages vor den Weihnachtsferien, und doch nichts weniger als Ferienstimmung im Hause zu spüren. Die dritte Lesung der Handelsverträge begann mit einer weitgreifenden Generaldebatte. Zunächst hielt Graf Herbert Bismarck nachträglich seine Rede, zu der er bei der zweiten Lesung sich so wohl vorbereitet hatte, aber nicht gekommen war. Anfangs sprach er stockend, mit Hüsteln die Uebergänge von Satz zu Satz ausfüllend. Aber je mehr er in Eifer kam, desto fließender war auch die Sprache, und zuletzt strömten die Worte so hurtig von seinen Lippen, daß nur ganz geübte Stenographen folgen konnten. Auch der Sohn des Altreichskanzlers sieht in den neuen Verträgen einen Bruch mit der alten Handelspolitik von 1879 und 1881, einen Bruch, der einen verhängnißvollen Kampf zwischen Industrie und Landwirthschaft herbeigeführt habe, bei dem nichts weiter übrig bleiben werde, als beider Löwen Wedel. Die Führer der Fraktion, bei welcher er hospitirt, nahm er dabei mit einem höflichen Kompliment aus: „Stumm und Kardorff Hand in Hand, Alles sonst aus Rand und Band!" Den Grafen Caprivi schalt er einen nur allzu gelehrigen Schüler der Freihandelstheorie. Wenn der Bund der Landwirthe sich nicht aufgethan hätte, so würde die Unzufriedenheit die Landleute der Sozialdemokratie in die Arme getrieben haben. Zum Schluß empfahl Graf Bismarck den Morgens eingegangenen konservativen Antrag, die Handelsverträge vorerst nur auf ein Jahr zu genehmigen. Als er geendet, standen ihm dicke Schweißperlen auf der Stirn; von der Rechten ward er lebhaft applaudirt, die Sozialdemokraten, die fort und fort schon sehr unruhig gewesen, widersprachen. Staatssekretär von Marschall gab eine eingehende Entgegnung, die auf der Linken und namentlich bei den Nationalliberalen viel Beifall fand, wenn er sich auch wiederholt und ausdrücklich als gut konservativer Mann bezeichnete. Dann sprach der freisinnige Volksparteiler Beckh — vor leeren Bänken, nichtsdestoweniger aber mit größter Emphase; er berief sich auf den bayerischen Prinzen Ludwig, der auch die Landwirthe vor allzu großer Begehrlichkeit gewarnt habe. Als Graf v. Kanitz für seinen, den konservativen, Antrag sprach, füllte sich das Haus wieder, und auch der nationalliberale Abgeordnete Schultz-Henne ward mit ziemlicher Aufmerksamkeit angehört. Der Reichskanzler hörte dem Hin und Her aufmerksam zu, indem er einen Bogen Papier mit allerhand Schraffuren bedeckte. Auch Herr v. Kardorff hielt noch eine große Rede; er polemisirte mit Glück gegen den Reichskanzler in dem einen Punkt, daß dieser nur soweit verpflichtet sein will, für die Landwirthschaft etwas zu thun, als es ihm Artikel 4 der Reichsverfassung vorschreibe; sein großer Vorgänger habe seine Kompetenz über die Veterinärpolizei hinaus doch erheblich anders aufgefaßt. Mit weniger Glück aber, als er den Vorwurf abzuweisen versuchte, daß die Währungsfrage als Agitationsmittel von den Agrariern verwerthet würde. Es folgten noch der Sozialdemokrat Schippel, der gegen Herrn von Bennigsens gestrige Ausführung des Anarchismus sprach, der Zentrums-Agrarier Graf zu Inn- und Knyphausen; der Finanzminister Miquel, der anführte, daß auf dem Gebiete des Agrarrechtes der Landwirthschaft genutzt werden könne; weiter noch eine großdonnernde Rede des Herrn Richter, der durch Herrn von Levetzows Einspruch verhindert ward, sich so am Grafen Bismarck persönlich zu reiben, wie er gern gewollt hätte, und nun seinen Zorn an den Konservativen insgesammt ausließ, die die Regierung so schlecht behandelten, wie das unter parlamentarischem Regime unmöglich sein würde. Nachdem dann noch Herr Klose als schlichter Bauer aus dem Zentrum gegen die Verträge gesprochen, war endlich die Debatte geschlossen. Am Schlusse gabs wiederum eine lange Reihe persönlicher Bemerkungen, von denen eine erwähnt werden muß. Graf Bismarck hatte Herrn Paasche, dem Berichterstatter des Ausschusses, vorgeworfen, daß ihm in der Materie wahrscheinlich Manches spanisch vorgekommen sei. Herr Paasche nannte diesen Angriff eine Donquijoterie, worüber die Rechte des Hauses sich lebhaft entrüstete, und Präsident von Levetzow ertheilte dem Redner einen Ordnungsruf. Endlich — nach siebenstündiger Dauer der Sitzung — wurden die drei Handelsverträge angenommen. Herr von Levetzow beraumte die nächste Sitzung auf Dienstag den 9. Januar an und wünschte den Abgeordneten kurz und bündig gute Feiertage.

Frankreich. Wie verlautet, hätte eine auswärtige Macht der französischen Regierung auf diplomatischem Wege die Idee einer Vereinigung aller Länder zur Einrichtung einer internationalen Verständigung gegen die anarchistischen Anschläge nahe gelegt. Es sei jedoch unrichtig, daß die französische Regierung irgendwelche Initiative hierzu ergriffen habe. Einzelne Blätter konstatiren, Oesterreich-Ungarn sei der Staat, der der französischen Regierung eine internationale Aktion über den Anarchismus nahe gelegt habe.

Schweiz. Die neuesten Unthaten der Anarchisten haben auch in der Schweiz einen tiefgehenden Eindruck auf das Volksgemüth hervorgebracht, und es gilt als sicher, daß in der sicherheitspolizeilichen Ueberwachung der auf schweizerischem Boden aufhältlichen fremdländischen Anarchisten in Zukunft eine bedeutend verschärfte Strenge platzgreifen wird. Schon vor acht Jahren mußten in Bern ausnahmsweise Vorkehrungen getroffen werden, um das dortige Bundesrathsgebäude gegen anarchistische Sprengbombenanschläge zu sichern. Sie hatten auch den Erfolg, daß ein verdächtiges Subjekt noch gerade, ehe es Unheil anstiften konnte, ergriffen und verhaftet wurde. Der ertappte Anarchist hat sich später im Gefängnisse St. Gallen erhängt. Heute ist die öffentliche Meinung des schweizerischen Volkes von ihrer früheren sentimentalen Auffassung des sogenannten Asylrechts schon so weit geheilt, daß sie zwischen dem Anarchistengesindel und sonstigem „politischen" Verbrecherthum sorgfältig unterscheidet und es ganz in der Ordnung findet, daß gegen auswärtige Anarchisten, wenn sie sich auf schweizerischem Boden Verstöße zu Schulden kommen lassen, mit der vollen Strenge des Gesetzes eingeschritten wird. Der Bundesrath handelt daher nur in Uebereinstimmung mit der überwältigenden Mehrzahl aller

SLUB
Wir führen Wissen.